

Fakenews vom Spiegel zum Klimagipfel

Der Spiegel berichtet rechtzeitig zum Weltklimagipfel über unrentable Kohlekraftwerke, die durch preiswertere „erneuerbare“ Energien ersetzt werden sollten. Wenn das stimmt, könnte Deutschland und die Welt die „Erneuerbaren“ in die Marktwirtschaft entlassen und alle Gesetze und Initiativen zur Durchsetzung der Energiewende streichen. Da das nicht geschieht, ist diese Aussage wohl falsch. Richtig ist, die Kohlekraftwerke sind in fast allen Ländern der Erde das Rückgrat einer sicheren und preiswerten Stromversorgung.

Doch 42 Prozent der vom Londoner Analysehaus Carbon Tracker weltweit untersuchten 6685 Kraftwerke schreiben rote Zahlen. Carbon Tracker wurde 2009 von Finanzanalysten, Fondsmanagern und „Energieexperten“ gegründet und spezialisiert sich auf Auswirkungen des Klimawandels in den Finanzmärkten. Als Gründe für die Unwirtschaftlichkeit werden Vorschriften gegen [Luftverschmutzung](#), wachsende Kosten für den CO₂-Ausstoß und hohe Brennstoffpreise ohne nähere Angaben genannt. Doch das stimmt nicht. Moderne Kraftwerke emittieren fast nur noch Wasserdampf und Kohlenstoffdioxid. Die Kosten für den CO₂-Ausstoß werden von Regierungen erhöht, um den Kohlestrom zu verteuern und so die Energiewende durchzusetzen. Die Brennstoffpreise sind Weltmarktpreise. Je nach Angebot und Nachfrage können sie steigen oder fallen.

Die Kohlekraftwerke in den USA sind teilweise unrentabel geworden, weil mit dem Fracking (in Deutschland nicht erlaubt) Gas gewonnen wird, das preiswerter als die Kohle ist. Strom aus „erneuerbaren“ Anlagen ist dagegen deutlich teurer als Kohlestrom. Preiswertes Gas und teure „Erneuerbare“ als Ursache für wirtschaftliche Schwierigkeiten der Kohlekraftwerke verantwortlich zu machen, ist eine gezielte Desinformation.

Die deutschen Kohlekraftwerke leiden unter den Dumping-Verkäufen des Ökostroms.



Edenhofer PIK zur geforderten Emissionsabsenkung: Sie sollen rentablen Technologien Klötze ans Bein binden, neuen grünen Technologien uneinholbare Vorteile verschaffen. (1)

(1) „en“ – Energiewirtschaftliche Tagesfragen 5- 2007



Klötze an Bein binden, uneinholbare Vorteile verschaffen. Zum Vergrößern anklicken

Der wetterabhängige Wind- und Solarstrom hat einen geringen oder sogar negativen Wert gemäß Strompreisbörse. Mal gibt es zu viel davon, dann muss man ihn entsorgen und nachts oder bei Windstille müssen die Kohlekraftwerke übernehmen. Dieser zweitklassige, sogenannte grüne Strom, den man getrost als Fakepower bezeichnen kann, wird über die Börse weit unter den Gestehungspreisen und auch unter den Erzeugerpreisen vieler Kraftwerke verkauft. Das ist Dumping. Dumping wird üblicherweise weltweit bekämpft und geahndet, weil dadurch ein Wettbewerb unmöglich wird. Seltsamer Weise gilt dies aber nicht für Fakepower in Deutschland. Auf eine Anzeige vom Stromverbraucherschutz NAEB beim Bundeskartellamt gab es sinngemäß die Antwort: Das sei kein Dumping, sondern Gesetz. Warum prangern die Finanzexperten von Carbon Tracker das Fakepower-Dumping nicht an?

Die Aussage: „Heute aber könnten erneuerbare Energien in der gesamten EU billiger Strom liefern als neue Kohlemeiler“, ist ein Wunschdenken, an das der nicht sachkundige Leser glauben soll. Es ist eine bewusste Desinformation um die Profiteure der Energiewende zu unterstützen.

Die Kosten für Kraftwerkstrom und Fakepower:

Erzeugungskosten der konventionellen Kraftwerke in Ct./kWh

Kernkraftwerke	3,0
Braunkohlenkraftwerke	3,0
Steinkohlenkraftwerke	5,0
Gaskraftwerke	7,0

Vergütungskosten für Fakepower

Windstrom, Land	9
Windstrom, See	19*
Solarstrom	14
Biogasstrom	14

***: +5 Cent /kWh für den Transport an Land**

Die durchschnittliche Vergütung für Ökostrom lag im Jahr 2017 nach Angaben des Wirtschaftsministeriums bei 16,2 Cent /kWh. Hohe Vergütungen für Altanlagen und Sondervergütungen sind die Ursache.

Die Vergütungen umfassen den Gewinn der Betreiber in Höhe von 2 bis 3 Cent /kWh.

Der Spiegel rechnet zu den Produktionskosten der Kohlekraftwerke auch die politischen (fiktiven) Kosten, nämlich CO₂-Abgaben und Umweltgesetze, die jederzeit geändert werden können. Die Umweltschäden durch Wind-, Solar- und Biogasanlagen werden dagegen nicht bewertet. Auch hier zeigt sich wieder eine klare Desinformation, die man auch als Fakenews bezeichnen kann.

Unterschwellig wird in dem Artikel die vollständige Umstellung auf Strom aus „regenerativen“ Energien gefordert. Dies ist technisch nicht möglich. Zur Einspeisung der schnell wechselnden Fakepower muss ein stabiles Netz als Grundlast von den großen Kraftwerken als Taktgeber vorhanden sein. Nach Angleichung von Frequenz und Phase an das Netz kann eine Einspeisung der einzelnen Wind- und Solaranlagen erfolgen. Ohne die Grundlast kann kein stabiles Netz aufgebaut werden. Die Grundlast muss mindestens 45 Prozent der Netzleistung betragen. Diese 45 Prozent Regel ist offensichtlich den „Energieexperten“ von Carbon Tracker nicht bekannt. Im Zuge von Unwissenheit werden dadurch völlig falsche Erwartungen geweckt. Diese Art der Meinungsbildung, die letztendlich zu massiven volkswirtschaftlichen Schäden führt, darf offensichtlich ohne Konsequenzen betrieben werden.

AfD-Bundestagsfraktion Steffen Kotre' Kohleverstromungsvotum heute auf Twitter und Facebook

Die Partei AfD spricht sich klar und eindeutig gegen die Energiewende aus. Hier ist ein kleiner Auszug aus dem Entwurf des Europawahlprogrammes 2019 in aktueller Fassung:

Ein breiter Energiemix aus Kohle, Mineralöl, Erdgas und Kernkraft ist unabdingbare Voraussetzung zum Erreichen des Zieldreiecks einer versorgungssicheren, wirtschaftlichen und umweltverträglichen Energiepolitik. Braunkohle ist der einzige kostengünstige und langfristig verfügbare inländische Energieträger von Bedeutung. Die EU und die Bundesregierung bereiten mit Hilfe der CO2 Zertifikate Politik und über eine Besetzung der deutschen Kohlekommission mit Fachfremden und Ideologen den Kohleausstieg vor. Nach dem Abschalten der Kernkraftwerke wäre dies das Ende einer sozial orientierten und wettbewerbsfähigen Energieversorgung in Deutschland

Nachdem seit Wochen die Weltklimaretter auf den Social-Media Twitter und Facebook mit massiv beworbenen Tweets trommeln hält nun die AfD dagegen – vielen Dank. Folgen Sie Herrn Kotre auf Twitter @SteffenKotre und verbreiten die Nachricht weiter oder auf Facebook unter @St.Kotre

Energiewende kostet viel mehr als die Bundeswehr

Anders kann man wohl das Streiten um die geringe Erhöhung des Wehretats für die nächsten Jahre nicht interpretieren. Doch dem Volk werden durch den geplanten Ausbau von Ökostromanlagen im Rahmen der Energiewende weiter kräftige Erhöhungen der Stromkosten abverlangt.

EEG-Umlage nur die Spitze der Wendekosten

Viele Leser werden jetzt eine falsche Aussage monieren. Die Umlage für Ökostrom nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG), die auf den Stromrechnungen ausgewiesen wird, summiere sich doch „nur“ auf rund 25 Milliarden Euro, also deutlich weniger als der Bundeswehretat! Doch die Umlage ist nur die Spitze der immer höher werdenden Kosten der Energiewende. Die Gesamtkosten liegen deutlich über 50 Milliarden Euro im Jahr.

Netzgebühren steigen

Ein großer Teil davon ist in den Netzgebühren versteckt. Sie müssen und werden immer schneller steigen, weil sowohl das Niederspannungsnetz für die Stromaufnahme der weit verstreuten Ökostromanlagen ausgebaut werden muss und für die Verteilung an die Verbraucherzentren neue Stromtrassen gebraucht werden.

Hinzu kommt der Ausbau der Umspannungswerke, die den Ökostrom auf die hohen Transportspannungen transformieren. Ökostrom soll über weite Strecken von

Nord- nach Süddeutschland transportiert werden. Damit sind Leitungsverluste von etwa 10 Prozent verbunden.

Doch Ökostrom kann nur transportiert werden, wenn er auch erzeugt wird. Nachts und bei Windstille gibt es keinen Ökostrom. Dann werden auch die Stromtrassen nicht gebraucht.

Energiewende treibt die Regelkosten auf das Zwanzigfache

Kaum bekannt sind die hohen und weiter steigenden Kosten für das Regeln des Stromes auf eine konstante Spannung und Frequenz. Strom muss im Zeitpunkt seiner Entstehung auch wieder verbraucht werden. Er lässt sich nicht direkt speichern.

Schaltet ein Verbraucher ein Gerät ein, sinkt im Netz die Spannung. Es muss dann die Stromproduktion erhöht werden, bis die Sollspannung wieder erreicht ist. Umgekehrt muss beim Abschalten die Stromproduktion gedrosselt werden. Mit der vorrangigen Einspeisung des wetterabhängigen Ökostroms muss nun auch ein Ausgleich für die schnell und häufig wechselnden Einspeisemengen geschaffen werden.

Dieser Aufwand ist riesig. Hierzu müssen einige große Kohlekraftwerke in Bereitschaft stehen. Der Regelaufwand für die Stromversorgung hat sich seit dem Beginn der Energiewende von etwa 100 Millionen Euro auf 2 Milliarden Euro jährlich verzehnfacht.

Entsorgungskosten von überflüssigem Ökostrom

Die installierte Leistung der Ökostromanlagen hat 100.000 Megawatt (MW) erreicht. Die gleiche Leistung haben auch die konventionellen Kraftwerke, also die Braunkohle-, die Steinkohle-, die Kern- und die Gaskraftwerke.

Der Bedarf schwankt in Deutschland je nach Wochentag und Tageszeit zwischen 45.000 und 85.000 MW. Bei Sonnenschein und Starkwind kann die Leistung der Ökostromanlagen 70 Prozent der installierten Leistung erreichen.

Trifft dies zusammen mit einer geringen Nachfrage, gibt es zu viel Ökostrom, den man verbrauchen muss. Er wird dann über die Strombörsen unter Zuzahlung entsorgt. Die Verbraucher erhalten also noch Geld für den Strom, den sie abnehmen.

Am 1. Mai 2018 war wieder einmal eine solche Situation. Zur Entsorgung überflüssigen Ökostroms wurden mehr als 10 Millionen Euro aufgewendet. Zur letzten Jahreswende waren es sogar mehr als 50 Millionen Euro.

Es wird jedoch kaum billiger, wenn Ökostromanlagen bei Überschussproduktion abgeschaltet werden. Dann erhält der Betreiber nach dem EEG eine Ausfallvergütung von 90 Prozent der Einspeisevergütung, ohne Strom zu

liefern. Die Ausfallvergütung betrug 2016 mehr als 600 Millionen Euro. Jede weitere Ökostromanlage erhöht diese Kosten.

Staatliche Ausgaben

Bisher wurden die wesentlichen technischen Kosten der Energiewende aufgeführt. Sie sind zumindest in Teilen der Öffentlichkeit bewusst. Der Staat wendet aber zusätzlich noch viel Steuergeld auf, um die Energiewende durchzusetzen.

Forschung und Tagungen

Eine Reihe von Forschungsinstituten wie das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, das Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik, das Energie-Forschungszentrum Niedersachsen und andere Einrichtungen wird weitgehend aus Steuern finanziert.

Dazu kommen viele Aufträge an Forschungseinrichtungen, die die Energiewende stützen sollen. Auftraggeber sind eine Reihe von Bundesministerien und viele Landesministerien. Die Aufträge werden nach Feststellung des Bundesrechnungshofes nicht untereinander koordiniert. Er moniert auch, dass weitgehend eine Erfolgskontrolle fehlt.

Aufwendig sind auch die staatlich finanzierten Energie- und Klimatagungen. Erinnerung sei an die Klimatagung in Bonn und an die Energietagung in Berlin vor wenigen Wochen. Hier werden viele Millionen Euro ausgegeben, um sich selbst zu bestätigen. Denn es werden nur Referenten eingeladen, die den ideologischen Kurs der Regierung stützen. Kritische Stimmen sind ausgeschlossen.

Teure Verwaltung

Der größte Posten ist jedoch der staatliche Aufwand zur Durchsetzung der Energiewende. In vielen Ministerien von Bund und Land sind dafür große Abteilungen aufgebaut worden. Das Wirtschaftsministerium hat dafür sogar einen Staatssekretär.

Auch in den Kreisen und Kommunen sind viele Mitarbeiter mit der Prüfung und Genehmigung von Ökostromanlagen beschäftigt. Die Kultus- und Schulministerien schicken Agitatoren – anders kann man sie wohl nicht bezeichnen – in Schulen und sogar in Kindergärten, die die Kinder über die „Segnungen“ von Ökostromanlagen aufklären.

Jeder Kreis, jede Stadt und jede Gemeinde hat einen Klimaschutzbeauftragten, der weitgehend aus Bundesmitteln bezahlt wird. Die Kosten für diesen gewaltigen Verwaltungsaufwand sind nicht bekannt. Vernunftkraft, der Zusammenschluss von über 800 Bürgerinitiativen gegen Windstrom, schätzt die jährlichen Verwaltungskosten auf mehr als 20 Milliarden Euro.

Bundeswehr braucht mehr Geld

Der Aufwand für die Energiewende in Deutschland summiert sich annähernd auf das Doppelte des Verteidigungsetats. Für die Energiewende wird also unsinnig viel Geld ausgegeben ohne Aussicht, den Strom bezahlbar zu halten und die Kohlenstoffdioxidemissionen zu drosseln.

Einen Einspruch des Finanzministers gegen diese Geldverschwendung gibt es nicht. Doch eine nur sehr geringfügige Aufstockung des Verteidigungsetats wird kritisch gesehen, obwohl die Bundeswehr nach Medienberichten praktisch wehrunfähig ist, weil keine Mittel für die Instandhaltung und Ersatzbeschaffung von militärischem Gerät bereitgestellt werden.

Der Bürger muss sich fragen, wie Deutschland mit Panzern verteidigt werden soll, die nicht fahrtüchtig sind, mit Flugzeugen, die nicht flugfähig sind, mit Fahrzeugen, die älter sind als die Fahrer, kurz, mit veraltetem und nicht gewarteten Material. Wer wehrunfähig ist, ist erpressbar.

Es wird höchste Zeit, die Bundeswehr wieder in einen wehrfähigen Zustand zu bringen, um das Land zu sichern. Geld ist genug vorhanden, wenn die unsinnige und ineffektive Energiewende beendet wird.

Der Beitrag erschien zuerst bei Jouwatch [hier](#)

Kanzleramt an Strompreis: Nicht steigen. Befehl von oben!

Im Jahre 2009 [sagte der damalige Umweltminister Röttgen](#) (CDU): Es ist falsch, erneuerbare Energien für Strompreiserhöhungen verantwortlich zu machen. Er prognostizierte: „Richtig ist, dass der Förderanteil der erneuerbaren Energien am Strompreis äußerst gering ist. Für einen vierköpfigen Haushalt macht das im nächsten Jahr 5,95 Euro an der Stromrechnung aus“. Ein Jahr später schon [verteidigte derselbe Herr Röttgen](#) die Strompreiserhöhung um 70 Euro pro Jahr und Familie durch den Solarboom als „alternativlos“ und wichtig zur Schaffung von 340.000 Arbeitsplätzen in der Solarindustrie. Die entstanden vielleicht auch – aber leider im fernen China.

Im Juni 2011 [sagt Angela Merkel](#) (CDU) in ihrer Regierungserklärung einen Satz, der ihr vorsichtshalber von den grünaffinen Medien lieber nicht vorgehalten wird: „Die EEG-Umlage soll nicht über ihre heutige Größenordnung hinaus steigen; heute liegt sie bei etwa 3,5 Cent pro Kilowattstunde.“ Leider führt der obige Link nirgendwohin, weil auf der Webseite der Bundesregierung der entsprechende Artikel gelöscht wurde. Wer mag schon gerne an [gebrochene Versprechen erinnert werden](#).

Im Jahre [2012 forderte](#) Bundesumweltminister Altmaier(CDU) niedrigere

Strompreise für die Verbraucher. Und seine Chefin tönte: „Die Bundesrepublik sollte international ein nachahmenswertes Beispiel liefern. Dazu gehöre, dass der Ausbau erneuerbarer Energien für Bürger und Unternehmen bezahlbar bleibt. Wir müssen es effizient und vernünftig machen“ Damals betrug die EEG-Umlage 5,27 Cent/KWh. Und Herrn Altmaiers [damalige grandiose Idee](#): „die Bürger sollten dem Strompreis ein Schnippchen schlagen“ – nämlich einfach weniger verbrauchen. Dazu sollten sie eine Beratung bekommen. Auch das hat nicht so richtig geklappt.

Im Jahre 2013 war Wahlkampf und Herr Altmaier war immer noch Bundesumweltminister und somit immer noch zuständig für den Strompreis. [„Strompreis-Sicherung“](#) hieß das Konzept, mit dem er die Kosten der Energiewende für die Verbraucher begrenzen wollte. Sein Eckpunktepapier soll dafür sorgen, dass die sogenannte EEG-Umlage bis Ende 2014 nicht mehr steigt – und ihr Anstieg ab 2015 auf 2,5 Prozent pro Jahr begrenzt wird. Bekanntlich hat das auch nicht so ganz funktioniert.

In einem Zeit-Artikel aus dem Jahre 2014 prophezeite der Berliner Thinktank Agora Energiewende, über die damalige Umlage von 6,24Cent/KWh „dass die Ökostromumlage bis 2017 relativ konstant bleibe. Und Zeit Online legte euphorisch begeistert noch einen drauf und prophezeite gar ein Sinken der Strompreise durch ein Absinken der Umlage auf 5,8 Cent/KWh. Die AGORAS lassen sich beim [Jubelprophezeien](#) aber nicht weiter von ihren gestrigen Fehlleinschätzungen beeindrucken und prophezeien heute unverdrossen: „Bei einem weiterhin ehrgeizigen Erneuerbaren-Ausbau steigen die Stromkosten für die Verbraucher bis 2023 noch um 1-2 ct/kWh an, sinken dann aber kontinuierlich um 2-4 ct/kWh bis 2035“. Doch wie das so ist mit den Prognosen, sie sind schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen. Und das ist wieder nach der Wahl, sogar nach der übernächsten.

Altmaier und das Blaue vom Himmel

Heute, im Jahre 2017 ist wieder mal Wahlkampf. Und folgerichtig kommt der Herr Altmaier wieder daher und verspricht das Blaue vom Himmel herunter: [„EEG-Umlage darf nicht weiter steigen“](#). Darf nicht! Befehl vom Kanzleramt, Punktum, jawoll! Die Politik müsse dafür sorgen, „dass der Strompreis auch künftig nicht durch die Decke schießt.“ Der Herr Altmaier ist selbst vergesslich oder rechnet mit der Vergesslichkeit seiner Wähler. Wie das Nichtweitersteigen des Strompreises geschehen könne, werde „nach der Wahl Thema der Koalitionsverhandlungen“ sein. Altmaier ließ offen, welche anderen Finanzierungsquellen als die Umlage auf den Stromverbrauch nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz er für möglich hält. Aha, nach der Wahl also? Will er die Verbraucher entlasten und dafür die Steuerzahler zur Kasse bitten? Heute liegt die [EEG Umlage bei 6,88 Cent/KWh](#). Selbst die Erneuerbare Energie-Lobby-Organisation Agora rechnet mit steigender Umlage bis 2023 und keiner weiß, um wieviel.

Altmaiers Strompreis, der „auch künftig“ nicht durch die Decke schießen soll, ist ein rhetorischer Trick. Er will verschleiern, dass der Strompreis längst durch die Decke geschossen ist. Im Nachbarland Frankreich [bezahlen die Verbraucher die Hälfte](#). Deutschland hat den [zweithöchsten Strompreis Europas](#), das [drittgrößte Parlament](#) der Welt und gute Chancen auch [Weltmeister bei den](#)

[Strompreisen](#) zu werden. Die Energiewende [kostet jede Familie](#) bis 2025 den Preis eines Mittelklassewagens. Altmaier hat es selbst prognostiziert – bis 2050 können die Bürger [1000 Milliarden Euro](#), eine Billion. Strompreise lassen sich aber nur bremsen, wenn Altmaier & Co aufhören, Energie wenden zu wollen. 330.000 Haushalten [wurde der Strom abgeschaltet](#), weil sie ihn nicht mehr bezahlen können.

[Altmaier, hat 2013](#) geschrieben: „*Hinter der Energiewende verbirgt sich nichts weniger als die größte wirtschaftspolitische Herausforderung seit dem Wiederaufbau und die größte umweltpolitische Herausforderung überhaupt*“. Seine Chefin Angela Merkel, [sagte im November 2015](#) hingegen: „*Die Flüchtlingskrise ist die größte Herausforderung nach der deutschen Einheit*„. Der [Finanzminister Schäuble sah](#) wiederum schon 2011 in der Rettung Europas aus der Schuldenkrise „*eine historische Herausforderung*“. Nun, alle drei Herausforderungen sind ungelöst und kosten das hart erarbeitete Geld der Bürger, während es im Land an vielem fehlt.

Alle drei sind in derselben Partei. Vielleicht können sie sich innerhalb der CDU wenigstens darauf einigen, welcher der drei Weltrettungsvorhaben sich die Steuerzahler vorrangig stellen müssen? Bis dahin heißt es für die Bürger: Die Hälfte des Nationaleinkommens wird in hausgemachte „historische Herausforderungen“ investiert, von denen sie nicht das geringste haben. Ich bin gespannt, wie sich das am 24. September auswirkt.

Manfred Haferburg ist Autor des Romans „[Wohn-Haft](#)“ mit einem Vorwort von Wolf Biermann

Übernommen von ACHGUT [hier](#)

[Energiepreise: Deutschland endlich mal \(fast\) wieder Spitze!](#)

Wir in Deutschland sind die Guten. Deutschland rettet die Welt vor dem Klimakollaps, der Feinstauberdrosselung und dem Atomtod. [Wir sind Vorreiter](#). Wir streben nach einer nachhaltigen Energieversorgung. Koste es, was es wolle.

Dafür wenden wir in Deutschland sogar die Energie. Wenden uns weg von den bösen Energieträgern Atom, Diesel, Kohle und Gas, hin zu den guten Energieträgern Sonne und Wind. Die sind bekanntlich gut, weil sie keine Rechnung schicken. Dafür schickt der Staat eine: 54 Prozent beträgt derzeit der Staatsanteil an den Stromkosten. Nö, nicht bezahlt, sondern einkassiert. Je teurer der Strom in Deutschland wird, umso mehr Geld streicht der Finanzminister ein. Für den guten Zweck natürlich.

Eine weitere Rechnung schicken die Windbarone und Sonnenkönige, die „Umlage

für die Förderung der Erneuerbaren Energie“ ist 2017 von 6,35 auf 6,88 Cent pro Kilowattstunde gestiegen. Das bedeutet einen Stromkostenanstieg für einen Durchschnittshaushalt um 45 Euro pro Jahr. Die nächste Welle der Strompreiserhöhung rollt. Da freut sich der Finanzminister, weil er durch sprudelnde Steuerquellen „noch mehr Überschuss erzielt“, ohne dass die Regierung die Steuern erhöhen muss. Da freut sich auch der Zahnarzt mit dem Solardach, dass von seiner Sprechstundenhilfe bezahlt wird – natürlich auch nur für den guten Zweck (Womit ich nichts gegen Zahnärzte sagen will, sie können hier jeden Gutverdiener Ihrer Wahl einsetzen).

Der Thinktank Agora-Energiewende hat versprochen:

„Nach der Bundestagswahl sollte die Energiepolitik daher das System der Steuern, Abgaben und Umlagen auf Energie komplett überarbeiten. Denkbar wäre es etwa, die Stromkosten zu senken, und die Abgaben und Umlagen auf klimaschädliche Energieträger wie Kohle, Heizöl, Diesel, Benzin und Gas zu verlagern.“

Da haben wir ja nochmal Glück gehabt, dass dann Strompreise nicht noch weiter ansteigen sollen, sondern nur die Preise für die klimaschädliche Kohle, das böse Heizöl, das üble Benzin und Russen-Gas.

Kalt duschen ist bekanntlich sehr gesund

Mit ca. 30 Cent pro Kilowattstunde hat Deutschland den zweithöchsten Strompreis Europas und gute Chancen, Dänemark in diesem Jahr zu überholen und damit auf dem wohlverdienten ersten Platz zu landen. Strompreismässig weit abgeschlagen sind dagegen solche zurückgebliebenen Agrarländer wie Frankreich oder Finnland mit einem Strompreis von 16 Cent pro Kilowattstunde. Aber die betreiben ja auch viele der bösen Atomreaktoren.

Mehr als 330.000 deutschen Haushalten wurde 2016 der Strom abgestellt, weil sie ihn nicht mehr bezahlen konnten. „Energiearmut“ wird das böswillig von den ewig gestrigen Gegnern der Energiewende genannt, dabei ist es nur Geldarmut. Und häufig wird den Gegnern der Energiewende der Gemütlichkeitsfaktor der Energiearmut verschwiegen: Familien sitzen gemütlich beim trauten Kerzenschein zusammen und lesen wieder mal gemeinsam in der Bibel oder singen zur Blockflöte „Schneeglöckchen, Weißbröckchen“, weil auch Fernseher und Radio nicht ohne Strom funktionieren. Und kalt duschen ist ja bekanntlich auch sehr gesund. Diese Gemütlichkeit wird allerdings den „vor Kurzen zu uns Gekommenen“ nicht vergönnt. Die Kosten für ihren Energieverbrauch werden nämlich „von der Kommune bezahlt“, wie es so schön heißt.

Laut Agora-Energiewende „wird in der Bevölkerung die Energiewende weiterhin positiv gesehen – die Zustimmung ist 2016 sogar noch gewachsen. So halten 93 Prozent der Bundesbürger in einer jährlich wiederholten Umfrage die Energiewende für „wichtig“ oder „sehr wichtig“ – eine Verbesserung um drei Prozentpunkte seit 2015 und der höchste Wert in fünf Jahren. Auch die Umsetzung wird besser beurteilt: 47 Prozent der Befragten halten sie inzwischen für „gut“ oder „sehr gut“. Das entspricht ebenfalls einer Verbesserung um drei Prozentpunkte...Die Jahresauswertung zeigt auch, dass 2016

das Jahr der billigen Energie war...,,.

Jetzt verstehe ich auch die Statistiken, wonach sich eine Mehrheit der Deutschen den heiligen St. [Martin Schulz](#) als Bundeskanzler wünschen und sowohl CDU, als auch [SPD jede Woche](#) in der Wählergunst zulegen.